

Pressekonferenz, 14. August 2020

INSM-Bildungsmonitor 2020

Statement

Dr. Kristina Schröder

Bundesfamilienministerin a.D.

Botschafterin der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Damen und Herren,

In meinem Bundesland Hessen enden heute die Sommerferien, hier in Berlin endet die erste Schulwoche.

Worüber ich froh bin: Nach den Sommerferien sind in Deutschland endlich die Schulen wieder offen. Noch nicht im Normalbetrieb, aber immerhin im Regelbetrieb.

Damit endet eine Phase, die zu Beginn der Pandemie als schwerwiegende, aber kurzfristige Intervention angekündigt wurde, die aber dann doch fast ein halbes Jahr angedauert hat. Im europäischen Vergleich ist Deutschland damit eher einen Sonderweg gegangen, die meisten anderen Länder (mit Ausnahme von Spanien und Italien) haben bei ihren Öffnungen mit Kitas und Grundschulen eher begonnen. Weil sie abgewogen haben, was lange Schließungen für Kinder, gerade aus bildungsfernen Milieus, bedeuten. Und was lange Schließungen für berufstätige Eltern, insbesondere Frauen, bedeuten. Deutschland folgte eher dem Motto: „Kinder und Frauen zuletzt“.

Wenn wir in einigen Jahren auf unser Krisenmanagement in der Corona-Pandemie zurückblicken, werden wir wahrscheinlich sagen, dass wir in Deutschland vieles richtig gemacht haben. Die geringe Priorität aber, die wir der Bildung unserer Kinder eingeräumt haben, werden wir nach meiner festen Überzeugung im Rückblick als schweren Fehler bewerten.

Jetzt steigen die Zahlen wieder. Sollten in Deutschland wirklich wieder Schließungen insgesamt diskutiert werden müssen, darf es diesmal nicht mehr heißen: 'Kitas und Schulen zuerst', sondern es muss gelten: 'Kitas und Schulen zuletzt'.

Und wenn Quarantänemaßnahmen unvermeidbar sind, dann müssen sie wohldosiert und punktuell eingesetzt werden, nicht unsystematisch und flächendeckend. Die Konzepte müssen öffentlich bekannt gemacht werden, damit Verunsicherungen bei Eltern, Kindern und Jugendlichen sowie beim Fachpersonal in Schulen verringert werden. Für verschiedene Infektionsgeschehen sollte transparent sein, ab welcher Infektionsschwelle welche Maßnahmen gelten und wie dabei eine Differenzierung nach Kita, Primarbereich und Sekundarbereich aussehen soll. Ich denke, dass die Stellungnahme der Deutschen Akademie für Kinder- und Jugendmedizin, des Dachverbandes der kinder- und jugendmedizinischen Gesellschaften, hier eine sehr gute, pragmatische und am Kindeswohl ausgerichtete Leitlinie liefert.

Außerdem vermisste ich eine Diskussion über technische Lösungen zur Absicherung des Unterrichts. Was ist mit Pooltestungen, die so effizient sind, dass wir damit jede Klasse und ihre Lehrer in Deutschland wöchentlich testen könnten? Was ist mit Filtergeräten, die die Luft von Aerosolen reinigen? Natürlich kostet das Geld. Aber nachdem wir ein gigantisches Rettungspaket für die Wirtschaft geschnürt haben erwarte ich, dass wir endlich auch die Schulen als systemrelevant anerkennen.

Professor Plünnecke hat ja eben eindrücklich geschildert, wie negativ sich Fernunterricht auswirkt und dass er – vor allem für die jüngeren Jahrgänge – nicht mehr als ein Notbehelf sein kann. Denn klar ist: Je jünger die Kinder, um so mehr sind sie auf den direkten Kontakt mit ihrem Erzieher oder Lehrer angewiesen.

Dass digitale Kompetenz – vor allem für die älteren Jahrgänge – ein elementarer Bildungsbestandteil werden muss, gilt davon unabhängig.

Mittelfristig besteht daher die wichtigste Aufgabe in der schnellen Implementierung digitaler Lehr- und Lernmethoden. Nicht STATT Präsenzunterricht, sondern zur zeitgemäßen

ERGÄNZUNG des Bildungsangebots. Und dieses Bildungsangebot muss sich vorübergehend nicht nur auf den regulären Stoff konzentrieren, sondern auch auf den Verpassten. Auch hier fehlen aus meiner Sicht noch Konzepte, wie Lücken gefüllt werden sollen.

Brandenburgs Bildungsministerin hat mutig angekündigt, gegebenenfalls von den nächsten Osterferien eine Woche für Pflichtunterricht zu nutzen. Und auch wenn manche nervös auf den folgenden Gedanken reagieren: der ein oder andere Samstag könnte sich ganz wunderbar eignen, um freiwillige Lernangebote neben den straff gespannten Stundenplänen unterzubringen. Es ist ja nicht für immer.

Die Coronakrise hat die bestehenden Probleme in unserem Bildungssystem aufgedeckt und leider auch verstärkt. Wir sind es den Kindern schuldig, schnell und entschlossen Verbesserungen zu erreichen. Der Vorteil des föderalen Systems: für fast jedes Problem in dem einen Bundesland, lässt sich in einem anderen eine Lösung finden. Man muss nur die Augen aufmachen und darf den Vergleich nicht scheuen.

Und da man ja bekanntlich nicht nur kritisieren soll, sondern vor allem positive Entwicklungen verstärken, möchte ich mit einer – aus hessischer Sicht – guten Nachricht enden. Es freut mich ganz besonders, dass in Hessen vergleichsweise wenige ausländische Schüler die Schule ohne Abschluss verlassen. Bei der Abbrecherquote insgesamt schneidet Hessen sogar besser als alle anderen ab. Das verbessert die Chancengerechtigkeit und die ist das zentrale Versprechen der Sozialen Marktwirtschaft.

Als neue Botschafterin der INSM, der Sozialen Marktwirtschaft insgesamt, möchte ich für unser erfolgreiches Wirtschafts- und Gesellschaftssystem werben und mich für seine Grundideen einsetzen. Wir haben nach meiner festen Überzeugung weltweit bisher kein besseres gefunden, das derart Kreativität, Leistungs- und Risikobereitschaft von Menschen belohnt, aber am so errungenen Wohlstand auch die Schwächeren teilhaben lässt! Mit Eigenverantwortung, fairem Wettbewerb und unternehmerischer Freiheit, haben wir in Deutschland ein beneidenswertes Wohstandsniveau erreicht und ein unvergleichlich sicheres Soziales Netz geschaffen. Ein gutes Bildungssystem ist die beste Garantie dafür, dieses Niveau auch für die Zukunft zu sichern. Ich freue mich darauf, dazu auch in Zukunft einen Beitrag leisten zu können.